

Ressort: Politik

Seehofer: Abschiebungen künftig auch trotz Arzt-Attest

Berlin, 20.04.2018, 15:58 Uhr

GDN - Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) will die Hürden für die Abschiebung abgelehnter Asylbewerber senken. Ärztliche Atteste oder fehlende Dokumente von Ausreisepflichtigen sollen künftig nicht mehr als absolute Hinderungsgründe anerkannt werden.

Das geht nach Informationen des "Redaktionsnetzwerks Deutschland" (RND/Samstagsausgaben) aus dem Entwurf eines Eckpunktepapiers des Bundesinnenministeriums hervor. Das Innenressort plant die Einrichtung von insgesamt 40 Rückführungszentren, sogenannten "Ankerzentren". Die Abkürzung "Anker" steht für "Ankunft, Entscheidung, Rückführung". Diese Zentren sollen über das gesamte Bundesgebiet verteilt werden und in der Zuständigkeit der Länder verbleiben. Wie das RND aus Unionskreisen erfuhr, sind frühere Pläne, neben der Einreise auch die Abschiebung von Ausreisepflichtigen in die Verantwortung des Bundes zu legen, angesichts einer fehlenden Zweidrittelmehrheit für eine entsprechende Verfassungsänderung vom Tisch. Laut Eckpunktepapier sollen Ausreisepflichtige künftig nicht mehr mit Linienfliegern, sondern bevorzugt mit Chartermaschinen ausgeflogen werden. Zwar erklärte Innenstaatssekretär Stephan Mayer (CSU), die skizzierten Sachverhalte seien "noch nicht kommentierungsreif". Seehofer will allerdings noch vor der Sommerpause einen "Masterplan für Migration" vorlegen, dessen Ziel die Beschleunigung von Asylverfahren und Abschiebungen ist. Das Eckpunktepapier gilt als zentraler Baustein der Asylreform. Alle Punkte eines Asylverfahrens würden bei Umsetzung der Pläne künftig in den geplanten Ankerzentren gebündelt: Die Ankunft eines Flüchtlings soll erfasst, über seinen Schutzstatus entschieden und - bei Ablehnung des Asylantrags - auch eine schnelle Abschiebung in die Wege geleitet werden. Der Betrieb der neuen Ankerzentren soll zunächst in Pilotversuchen getestet werden. Dafür sollen im September und Oktober bis zu fünf solcher Zentren in großen Bundesländern mit ihrer Arbeit starten. Seehofer hatte bereits Anfang dieses Monats eine "Verbesserung bei Verfahrensdauer und Verfahrensqualität" versprochen. Um den Betrieb der geplanten Ankerzentren gewährleisten zu können, soll das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) mehr Personal erhalten. Seehofer kündigte an, sich dafür in den laufenden Haushaltsberatungen der Bundesregierung einsetzen zu wollen.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-105015/seehofer-abschiebungen-kuenftig-auch-trotz-arzt-attest.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com

www.gna24.com